

Sperrfrist: Redebeginn
Es gilt das gesprochene Wort!

Zu TOP 12 - Pallas - erklärt der Fraktionsvorsitzende
von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Karl-Martin Hentschel:

Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503
Zentrale: 0431/988-1500
Telefax: 0431/988-1501
Mobil: 0172/541 83 53
E-Mail: presse@gruene.ltsh.de
Internet: www.gruene-landtag-sh.de

Nr. 274.00 / 17.11.2000

Konsequenzen aus der Havarie der "Pallas"

Ich danke der Landesregierung und den beteiligten Beamten für Ihren knappen und zugleich informativen Bericht. Es ist nicht zu verkennen, dass die Landesregierung Schleswig-Holstein aufgrund der Ereignisse vor zwei Jahren und der Beschlüsse des Landtages vom Herbst 99 und vom Frühjahr 2000 eine Vorreiterrolle eingenommen hat.

Ich begrüße es, dass die Strukturen für das Unfall- und Katastrophenmanagements für die Nord- und die Ostsee verbessert wurden. Ich begrüße ebenso, dass mit der dänischen Regierung eine Vereinbarung getroffen wurde, um eine bessere gegenseitige Information sicherzustellen. Erste wichtige Teilschritte zur Straffung der Entscheidungsstrukturen, zur Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit und zur Verbesserung der Feuerlöschfähigkeiten wurden von der Landesregierung eingeleitet bzw. umgesetzt.

Ich begrüße ebenfalls die Initiativen der Umweltministerkonferenz der norddeutschen Länder zur Neuorganisation des Unfallmanagements bei den Ländern und beim Bund und zur Verbesserung der Schiffssicherheit im Bereich des Tankschiffsverkehrs bei der EU.

Es ist aber nicht zu verkennen, dass die Mühlen der Regierung langsam arbeiten. Dies gilt insbesondere dann, wenn die Innenministerien und Umweltministerien von fünf Küstenländern und des Bundes sowie das Bundesverkehrsministerium, das Bundeslandwirtschaftsministerium, das Verteidigungsministerium und zahlreiche Bundes- und Landesbehörden beteiligt sind, die alle ihre eigenen Interessen, Bedenken und Befindlichkeiten haben und in den Prozess einbringen.

Deshalb ist der vorliegende Beschluss richtig und notwendig. Es ist insbesondere richtig, dass der Landtag seinen Beschluss vom Januar zur Einrichtung einer deutschen Küstenwache noch einmal bekräftigt.

Ich habe bislang aber noch keine gewichtigen Gründe aus den Unterlagen entnehmen können, die darauf hinweisen, dass damit alle Probleme gelöst sind. Deshalb betrachte ich die Umsetzung der Vorschläge der Grobecker-Kommission auch nur als ersten Schritt und hoffe zugleich, dass sie bald umgesetzt werden.

Besonders ernüchternd empfinde ich, dass die Bereitstellung von leistungsfähigen Schleppkapazitäten in der deutschen Bucht einschließlich einer Sicherstellung der Begleitung von großen Tankern in engen Fahrwassern immer noch nicht endgültig gelöst ist. Noch immer begnügt sich das Bundesverkehrsministerium damit, den Vertrag mit „OCEANIC“ jeweils halbjährlich zu verlängern. Seit Jahren wird hier ein Konzept gefordert und seit Jahren werden die Entscheidungen verschleppt, vermutlich weil die finanziellen Aufwendungen gescheut werden. Aber gerade deshalb halte ich es für sinnvoll, ein langfristiges Konzept zu entwickeln und dann schrittweise auf die Umsetzung hinzuarbeiten.

Der vorliegende Beschluss geht aber erfreulicherweise an einem wesentlichen Punkt über die bisherige Diskussion hinaus. Damit meine ich die Forderung nach einer PSSA Wattenmeer - einer Particular Sensitive Sea Area - oder zu deutsch, der Ausweisung des gesamten Wattenmeeres von Holland bis Esbjerg als „empfindliches Meeresgebiet“.

Die Ausweisung einer solchen PSSA nach internationalem Recht könnte eine Reihe von Punkten grenzüberschreitend regeln und hätte zugleich auch Verbindlichkeit außerhalb der nationalen Gewässer. Dazu liegt vom WWF jetzt ein ausgearbeiteter Vorschlag vor, der als Grundlage für die weitere Beratung dienen kann.

Umweltthemen leiden darunter, dass sie immer aktuell sind, wenn eine Katastrophe passiert, und dass sie in der Folgezeit leicht wieder in Vergessenheit geraten. Es ist unsere Aufgabe, dass dies nicht so bleibt. Die Umsetzung der notwendigen Aufgaben ist ein langwieriger Prozess, aber durch Sturheit und Hartnäckigkeit kommen wir Schritt für Schritt voran.

Deshalb freue ich mich, dass auch zwei Jahre nach dem Unfall das fraktionsübergreifende Engagement bei diesem Thema nicht nachgelassen hat und hoffe, dass dies so bleibt - dann bin ich zuversichtlich, dass wir weitere Fortschritte bei der Sicherung unserer Küsten und unserer Meere erreichen können.
